

Tobias Palm

## **Neun Thesen zum Bedingungslosen Grundeinkommen**

Überlegungen zu einem unterschätzten Konzept

**Policy Paper Nr.1**

ISSN 2364 - 3056

Lehrstuhl für internationale Wirtschaftsbeziehungen

Universität Hamburg

Februar 2015

## **Impressum**

Die Policy Papers werden vom Lehrstuhl für internationale Wirtschaftsbeziehungen der Universität Hamburg veröffentlicht. Es handelt sich bei dieser Reihe um vorrangig wirtschaftswissenschaftliche Arbeiten von Studierenden und jungen NachwuchswissenschaftlerInnen. Die Beiträge liegen in alleiniger Verantwortung der AutorInnen und stellen nicht zwangsläufig die Meinung des Lehrstuhls dar.

## **Abstract**

Das vorliegende Papier beschäftigt sich mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen und versucht die These zu stützen, dass die Einführung eines Grundeinkommens keine unrealistische Utopie, sondern eine valide Politikoption ist. Dabei werden die möglichen Auswirkungen einer Einführung auf die Bereiche Gerechtigkeit, persönliche Freiheit, Bürokratie, Ehrenamt, psychische Gesundheit, Unternehmertum, soziale Absicherung, Gleichstellung der Geschlechter und Rentenreform betrachtet. Das Papier kommt zu dem Schluss, dass es in diesen Bereichen viel Potenzial für positive Veränderung zu geben scheint.

## **Inhaltsverzeichnis**

|                                                                          |    |
|--------------------------------------------------------------------------|----|
| Wo der öffentliche Diskurs hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt      | 1  |
| Wie das Bedingungslose Grundeinkommen ausgestaltet sein könnte           | 2  |
| These 1: Das Grundeinkommen ist gerechter als Hartz IV                   | 3  |
| These 2: Das Grundeinkommen verhilft Menschen zu mehr Freiheit           | 4  |
| These 3: Das Grundeinkommen kann Milliarden an Kosten einsparen          | 5  |
| These 4: Das Grundeinkommen stärkt das Ehrenamt                          | 6  |
| These 5: Das Grundeinkommen ist gut für die Gesundheit der Bundesbürger  | 7  |
| These 6: Das Grundeinkommen stärkt Unternehmertum                        | 8  |
| These 7: Das Grundeinkommen sichert sozial besser ab als der Mindestlohn | 9  |
| These 8: Das Grundeinkommen stärkt Frauen ökonomisch und sozial          | 10 |
| These 9: Das Grundeinkommen ist die bessere Alternative zur Rentenreform | 11 |
| Wege zur Umsetzung: Ein Vorschlag                                        | 12 |

## Wo der öffentliche Diskurs hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt

Ökonomen verschiedenster Schulen, darunter Nobelpreisträger, sind international als Befürworter des Grundeinkommens bekannt: Friedrich August von Hayek<sup>1</sup>, Robert Solow<sup>2</sup> und Milton Friedman<sup>3</sup> gehören genauso dazu wie der ehemalige Harvard-Ökonom Philippe van Parijs<sup>4</sup> sowie Anthony Atkinson<sup>5</sup>, ehemals Professor an der London School of Economics und heute Senior Research Fellow in Oxford.

In Deutschland dagegen gilt das Grundeinkommen vielen als „linke Utopie“, als unrealistisches Konzept, unmöglich umzusetzen und von zweifelhaftem Erfolg. Durch die reflexartig anmutende, pauschale Zurückweisung dieser Idee wird aber übersehen, dass sie so weltfremd vielleicht gar nicht ist. Vielmehr könnte die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens Antworten geben auf einige drängende Fragen unserer Zeit.

Das vorliegende Papier verfolgt das Ziel, auf genau solche Bereiche aufmerksam zu machen und Anstoß zur Diskussion zu geben. Es handelt sich dabei nicht um ausführliche Argumentationen, sondern um Gedankenanstöße: In welchen Bereichen könnte sich ein Grundeinkommen positiv auswirken und welche grundsätzlichen Erwägungen sprächen dafür?

Die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens stellt kein Allheilmittel dar, das mit einem Mal sämtliche gesellschaftliche Probleme löst. Vielmehr sind verstärkte Investitionen, besonders in Bildung und Infrastruktur, weiterhin nötig. Soziale Gerechtigkeit kann außerdem nicht allein auf ihren finanziellen Aspekt beschränkt werden.

Dennoch lohnt sich ein zweiter, unaufgeregter Blick auf das Thema Bedingungsloses Grundeinkommen. Die Veröffentlichung dieses Papiers ist mit der Hoffnung verbunden, dass bisher unterrepräsentierte Themen stärker gewichtet werden und die Debatte um das Grundeinkommen auf einer differenzierteren Grundlage geführt werden kann.

---

<sup>1</sup> Pateman, 2004 & Hayek, 1960

<sup>2</sup> Solow, 1987

<sup>3</sup> Friedman, 1962

<sup>4</sup> Van Parijs, 1992

<sup>5</sup> Atkinson, 1996

## Wie das Bedingungslose Grundeinkommen ausgestaltet sein könnte

Im Folgenden wird die Variante des Grundeinkommens skizziert, auf die sich folgenden Kapitel beziehen. Das soll dazu dienen, Missverständnisse zu vermeiden. Sie basiert auf dem ausgearbeiteten Vorschlag von Hohenleitner und Straubhaar:<sup>6</sup>

Das Bedingungslose Grundeinkommen ist ein lebenslanges Einkommen für alle deutschen Staatsangehörigen in Höhe des soziokulturellen Existenzminimums. Es wird ausgezahlt ohne Antrag, ohne Gegenleistung und ohne Bedingungen. Damit ist die Auszahlung unabhängig von weiteren Einkommen und Vermögen sowie unabhängig von der Bereitschaft, eine Arbeit, insbesondere eine Lohnarbeit, auszuüben.

Die Höhe entspricht dem soziokulturellen Existenzminimum, sodass ein Mensch davon leben kann und an kulturellen und öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen kann. Konkret dürfte sich die Höhe heute zwischen den aktuellen Hartz IV Regelsätzen und dem Vorschlag der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen befinden, also zwischen ca. 500 Euro und ca. 1000 Euro.<sup>7</sup>

Finanziert wird das Bedingungslose Grundeinkommen über direkte und indirekte Steuern. Damit einher geht eine Steuerreform: Das Grundeinkommen ist steuerfrei, darüber hinausgehende Einkommen werden vom ersten bis zum letzten Euro an der Quelle erfasst und mit einem einheitlichen und gleich bleibenden Steuersatz belastet („Flat Tax“).<sup>8</sup> Das Bedingungslose Grundeinkommen wirkt als Steuerfreibetrag, sämtliche anderen Steuerfreibeträge werden abgeschafft.

Viele steuer- und abgabenfinanzierten Sozialleistungen werden abgeschafft. Dazu gehören die gesetzliche Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung, das Arbeitslosengeld II, die Sozialhilfe sowie Wohn- und Kindergeld und der Mindestlohn.

Die Gruppe der Empfänger besteht aus allen deutschen Staatsangehörigen. In Deutschland lebende Ausländer erhalten 10% des Grundeinkommens für jedes Jahr ihrer legalen Anwesenheit. Dieser Betrag addiert sich schrittweise auf, sodass sie nach 10 Jahren 100% des Grundeinkommens erhalten. Im Ausland lebende Deutsche behalten ihren Anspruch auf ein Grundeinkommen.

---

<sup>6</sup> Hohenleitner & Straubhaar, 2008

<sup>7</sup> Blaschke, 2014

<sup>8</sup> Buchanan, 1985

## These 1: Das Grundeinkommen ist gerechter als Hartz IV

64% der Bürgerinnen und Bürger sind der Meinung, dass die soziale Gerechtigkeit in Deutschland in den vergangenen drei bis vier Jahren abgenommen hat. 69% sagen, dass Vermögen und Einkommen ungerecht verteilt sind.<sup>9</sup>

Wichtiger Teil des Problems ist für viele Menschen das „vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, auch bekannt als „Hartz IV“.<sup>10</sup>

Der Grenzsteuersatz – das, was man von einem zusätzlich verdienten Euro abgeben muss – für Hartz IV Empfänger beträgt bis zu 89%. Das macht den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben unattraktiv.

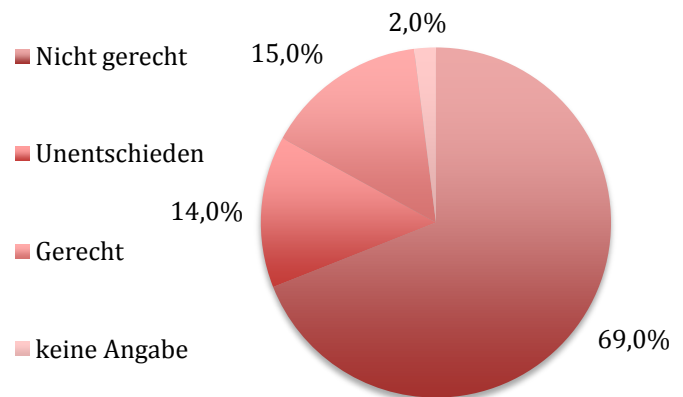
Außerdem muss im Falle von Arbeitslosigkeit zuerst auf die eigenen Vermögensreserven zurückgegriffen werden, bevor Hilfe vom Staat beantragt werden kann. So wird die Person, die lange Zeit ein Vermögen aufgebaut hat, gegenüber derjenigen benachteiligt, die noch nie gearbeitet hat. Das widerspricht dem Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen.

Dem bisherigen problematischen System steht die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens gegenüber. Das Grundeinkommen bietet die Möglichkeit zu einem gerechteren System.<sup>11</sup>

Es wird unabhängig vom Anstellungsverhältnis ausgezahlt. Es gibt also keinen Sprung in der Besteuerung im Falle eines Wechsels von Arbeitslosigkeit in ein Anstellungsverhältnis. Wenn das Grundeinkommen mit einer Flat-Tax von 35% finanziert wird, beträgt der Grenzsteuersatz 35% statt 90%. Von einem verdienten Euro bleiben dann 65 Cent statt 10 Cent. Das macht den Einstieg in das Berufsleben attraktiver.

Weil das Vermögen des Einzelnen nicht vom Staat angetastet werden kann, lohnt es sich für ihn, Vermögen aufzubauen. Er kann selbst entscheiden, ob er ausschließlich vom Grundeinkommen oder ergänzend von seinem angesparten Vermögen leben möchte.

### Bürgermeinung zu den wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, 2013, Umfrage im Auftrag der INSM im Dezember 2012 & Januar 213, 3.500 Befragte

<sup>9</sup> Bude, 2012

<sup>10</sup> Institut für Demoskopie Allensbach, 2013

<sup>11</sup> Rawls, 1971

## These 2: Das Grundeinkommen verhilft Menschen zu mehr Freiheit

Die Einführung eines Grundeinkommens könnte Menschen auf vielfältige Weise zu mehr Entscheidungsfreiheit verhelfen. Das geschieht auf drei Arten:<sup>12</sup>

Erstens verbessert es die Möglichkeiten zum Erwerb von Bildung und beruflicher Qualifikation. Wenn unabhängig von Erwerbsarbeit ein Mindesteinkommen in existenzsichernder Höhe gewährleistet ist, könnte es Geringverdienern leichter fallen, zugunsten von Qualifizierungsmaßnahmen für eine gewisse Zeit aus der Erwerbsarbeit auszusteigen. Dabei geht es zum einen um die Finanzierung des Lebensunterhaltes während der Qualifizierungsmaßnahme, zum anderen um die Sicherheit, auch danach im Fall eines nicht oder erst später möglichen Wiedereinstiegs, zum Beispiel aufgrund einer Wirtschaftskrise, finanziell abgesichert zu sein. Ein Grundeinkommen leistet diese Absicherung.<sup>13 14</sup>

Zweitens ermöglicht es eine freiere Berufswahl. Auch heute spielt die Frage, wie schnell man als junger Mensch finanziell unabhängig ist, für viele eine entscheidende Rolle bei der Berufswahl. Immer wieder verzichten junge Menschen aus sozial schwächeren Elternhäusern auf einen höheren Bildungsabschluss, um früher in das Erwerbsleben einzusteigen und ihre Eltern finanziell zu entlasten. In einer zunehmenden Wissensgesellschaft ist das jedoch problematisch, da auf diese Weise viel Potenzial ungenutzt bleibt. Ein Grundeinkommen sorgt für finanzielle Absicherung während der Ausbildung.

Drittens schafft es Freiheit in der Verwendung der Mittel, die zur Grundsicherung dienen. Empfänger von Sozialhilfeleistungen sind heute eingeschränkt in ihrer Mittelverwendung. Zweckgebunden sind beispielsweise die Ausgaben für Miete, Strom und Heizung. Üblich ist die Ausgabe von Gutscheinen für gesundheitliche Leistungen und Güter des täglichen Bedarfs. Diese Zweckgebundenheit stellt auch einen Eingriff in die Freiheit jedes Menschen dar. Mit der Implementierung eines bedingungslosen Grundeinkommens bei Abschaffung des bisherigen Systems würde dafür gesorgt, dass auch Sozialhilfeempfänger frei über ihre Mittel verfügen können.

---

<sup>12</sup> Van Parijs, 1995

<sup>13</sup> Ribolits, 2005

<sup>14</sup> Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2007

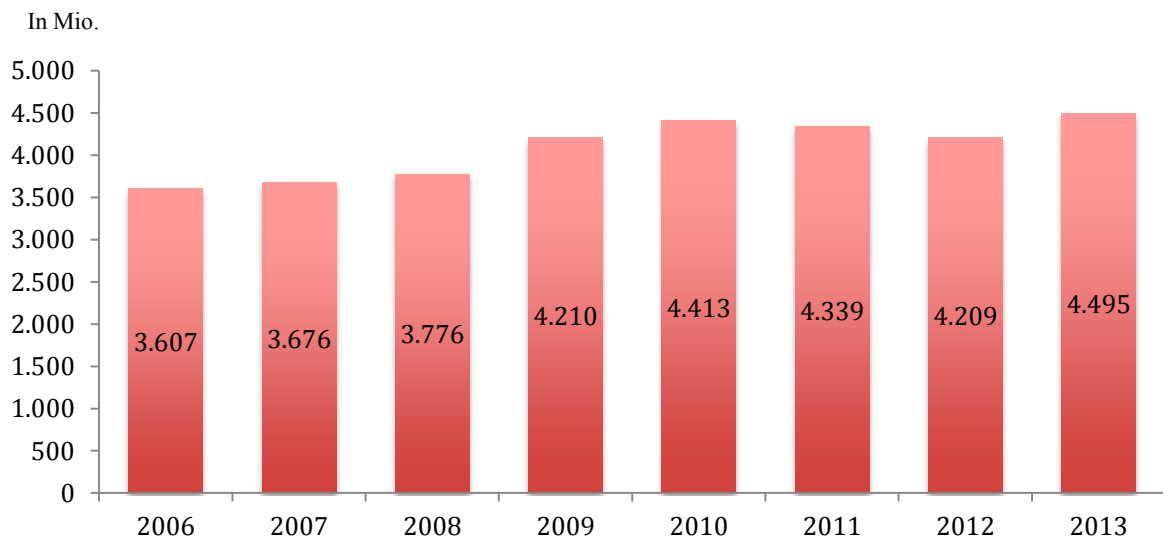


## These 3: Das Grundeinkommen kann Milliarden an Kosten einsparen

Allein der Verwaltungsapparat des heutigen Sozialhilfesystems hat mittlerweile eine solche Größe erreicht, dass er im Jahr 2013 4,5 Milliarden Euro Kosten verursachte. Für die Wiedereingliederung Arbeitssuchender stehen dagegen nur 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung.<sup>15</sup> Auch die Unübersichtlichkeit schafft Kosten: Noch 2008 gab es 37 unterschiedliche Stellen, um 155 Unterstützungsleistungen zur Verfügung zu stellen.<sup>16</sup> Das Grundeinkommen kann diese 4,5 Milliarden Euro womöglich zum großen Teil einsparen. Insbesondere im Sozialhilfebereich sind Kontrollen zu eheähnlichen Gemeinschaften und Scheinarbeitslosigkeit sowie die Verwaltung der finanziellen Unterstützungsleistungen kostspielig.

Das Bedingungslose Grundeinkommen würde die Existenz sichern und erlaubte die vollständige Flexibilisierung von Arbeitsmärkten. Alle Unterstützungsleistungen kämen von einer Stelle und die Verwaltungskosten würden sich zu einem Großteil reduzieren. Auch die Krankenversicherung würde darüber geregelt. Gleichzeitig würden beinahe alle beitrags- und steuerfinanzierten Transferleistungen ersetzt: Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Hilfe zum Lebensunterhalt, Ausbildungsförderung, Kindergeld, Elterngeld, Renten und Pensionen. Meldepflichten, Kontrollen, Berechnungen und Nachüberweisungen fielen weg. Die freiwerdenden Mittel sollte der Staat nutzen, um in Infrastruktur und Bildung zu investieren.

### Steigende Verwaltungskosten der Jobcenter



Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales bei Spiegel Online, 2014

<sup>15</sup> Agentur für Arbeit bei Spiegel Online, 2014

<sup>16</sup> Schramm, 2008

## These 4: Das Grundeinkommen stärkt das Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement ist eine wesentliche Stütze der Gesellschaft. Viele anfallende notwendige Arbeiten, beispielsweise im Katastrophenschutz und bei nationalen wie internationalen Hilfsorganisationen, können nur durch zivilgesellschaftlichen Einsatz geleistet werden.

Die Bedeutung von ehrenamtlichem Engagement lässt sich auch anhand von Zahlen belegen: Auf die Gesamtbevölkerung gerechnet fallen jährlich 10,7 Milliarden Stunden im Ehrenamt an.

Bei einem angenommenen Stundenlohn von 15 Euro sind das 160,0 Milliarden Euro Wertschöpfung jedes Jahr.<sup>17</sup>

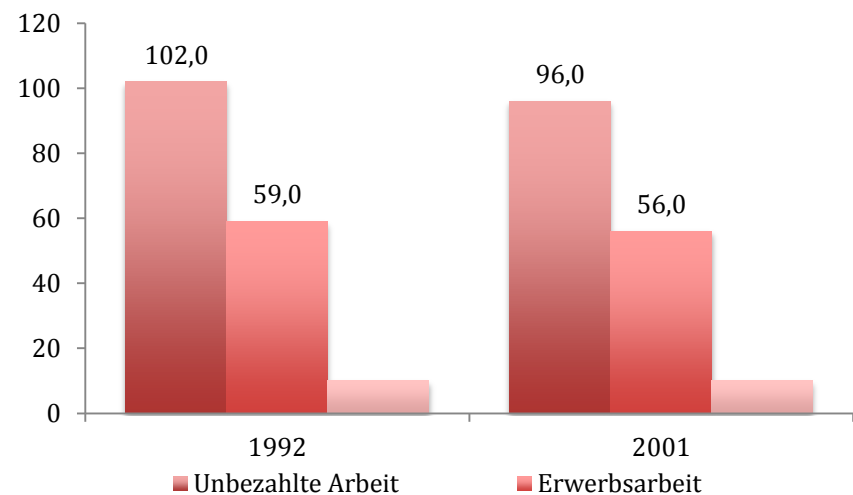
Dennoch hinkt Deutschland in Bezug auf die Ehrenamtsquote im Vergleich mit Ländern wie den USA noch immer weit zurück. 36% der Bevölkerung engagieren sich ehrenamtlich, aber weitere 37% wären zu Engagement bereit, ohne dass sie diese Bereitschaft in die Tat umsetzen.

Ein Grund für dieses brachliegende Potenzial könnte darin bestehen, dass Ehrenamt in der Gesellschaft noch immer nicht genügend gewürdigt wird: Unternehmen schätzen Engagement, aber nur bis der oder die Engagierte in den Beruf einsteigt. Die Bundesregierung findet zivilgesellschaftliches Engagement wichtig, aber lässt keine konkreten Maßnahmen erkennen, mit denen sie das Ehrenamt stärken will. Ähnliches lässt sich für andere nicht bezahlte und dennoch wichtige Bereiche erkennen, wie Kindererziehung und Hausarbeit – obwohl die Zeit der unbezahlten Arbeit jährlich fast 60% der Zeit ausmacht, die für Erwerbsarbeit aufgewendet wird.

Das Grundeinkommen könnte hier einen Kontrapunkt setzen: Als Anerkennung dafür, dass auch die Arbeit, die nicht von Unternehmen vergütet wird, wichtig für die Gesellschaft ist, könnte die Einführung eines Grundeinkommens der richtige Schritt sein.

### Jahresvolumen bezahlter und unbezahlter Arbeit

In Mrd. Stunden



Quellen: Statistisches Bundesamt und Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2003

<sup>17</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2010

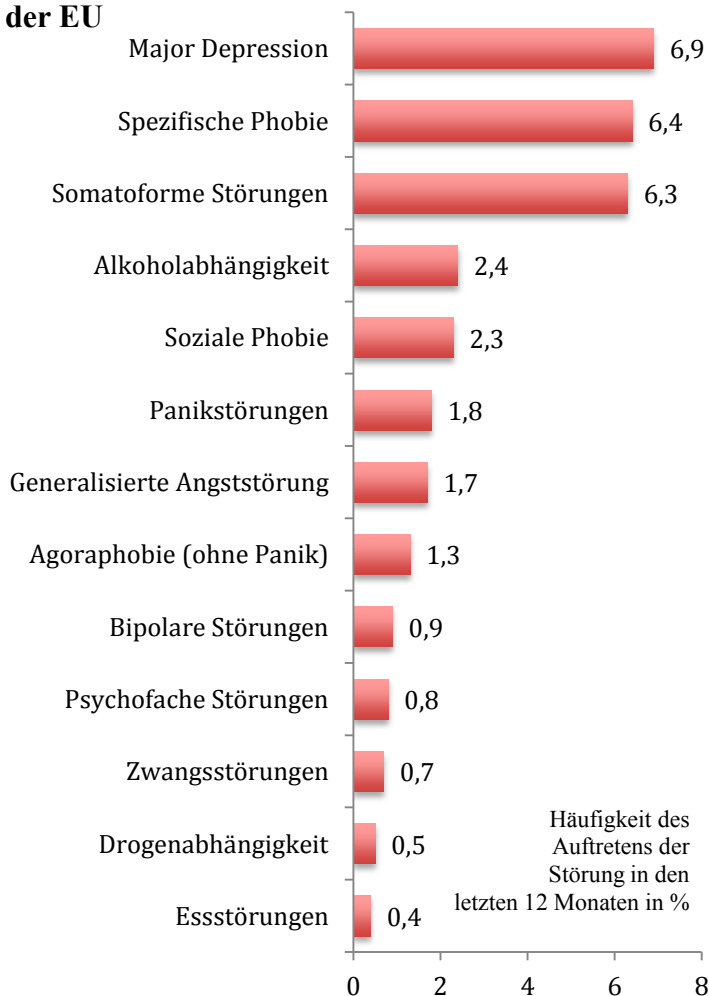
## These 5: Das Grundeinkommen ist gut für die Gesundheit der Bundesbürger

„Psychische Erkrankungen gehören zu den häufigsten und die Lebensqualität der Betroffenen am stärksten einschränkenden Erkrankungsarten unserer Zeit.“ Zu dieser Erkenntnis kommen die Verfasser einer Übersichtsstudie zu den Gesundheitsreporten der Krankenkassen.<sup>18</sup> Zu Recht, wie ein Blick auf die Zahlen zeigt:

In Europa erleidet jede vierte Person in ihrem Leben mindestens eine psychische Krankheits-episode.<sup>19</sup> Allein im Jahr 2009 wurden 26,7 Milliarden Euro für die Behandlung von psychischen Störungen und Verhaltensstörungen ausgegeben. Das entsprach 10% der Gesamtausgaben für Gesundheit.<sup>20 21</sup>

Demgegenüber könnte die Einführung eines Grundeinkommens positive Auswirkungen auf

### 12-Monats-Prävalenzen psychischer Störungen in der EU



Quelle: Jacobi, 2009

die psychische Gesundheit der Menschen in Deutschland haben.

Die Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens würde das Einkommen auch bei kurzfristiger Arbeitslosigkeit garantieren. Das dadurch verringerte Gefühl von Unsicherheit und Stress könnte positive Auswirkungen auf die psychische Gesundheit haben.<sup>22</sup>

Auch der Stress, der durch den befürchteten oder tatsächlichen Verlust des Arbeitsplatzes herrührt, könnte verringert werden.

Empirische Ergebnisse zu diesen Thesen wurden im Kanadischen Feldexperiment zum „Canadian Guaranteed Annual Income“ gewonnen. Im Vergleich zur Kontrollgruppe gingen die Arztbesuche der Gruppe mit Grundeinkommen signifikant zurück, insbesondere in Bezug auf Behandlungen von psychischen Problemen sowie auf Verletzungen und Unfällen.<sup>23</sup>

<sup>18</sup> Lademann, Mertesacker und Gebhardt, 2006

<sup>19</sup> WHO, 2004

<sup>20</sup> Statistisches Bundesamt, 2009

<sup>21</sup> Institut für Arbeit und Leben, 2012

<sup>22</sup> Jacobi, 2009

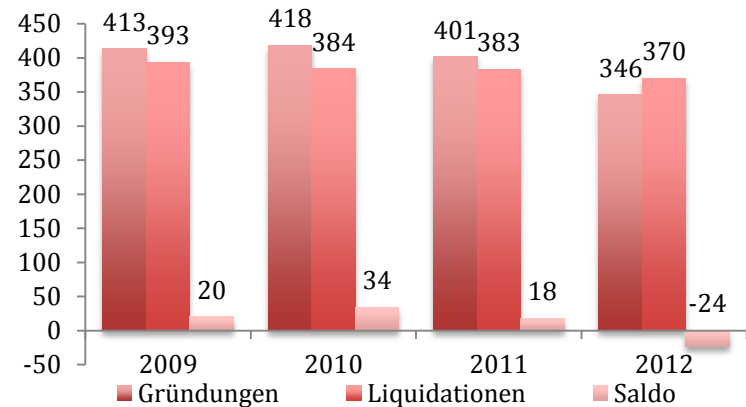
## These 6: Das Grundeinkommen stärkt Unternehmertum

Die Zahl der Unternehmensgründungen in Deutschland ist rückläufig. Während es im Jahr 2009 413.000 Neugründungen gab, lag diese Zahl im Jahr 2012 nur noch bei 346.000. Es konnte sogar ein negativer Gründungssaldo in Höhe von 24.100 festgestellt werden.<sup>24 25</sup>

Das hat Gründe: Bei einer Umfrage unter 22.000 Studierenden haben nur 20% Selbständigkeit als „wichtiges Karriereziel“ angegeben.<sup>26</sup>

### Existenzgründungen im Zeitverlauf

In Tausend



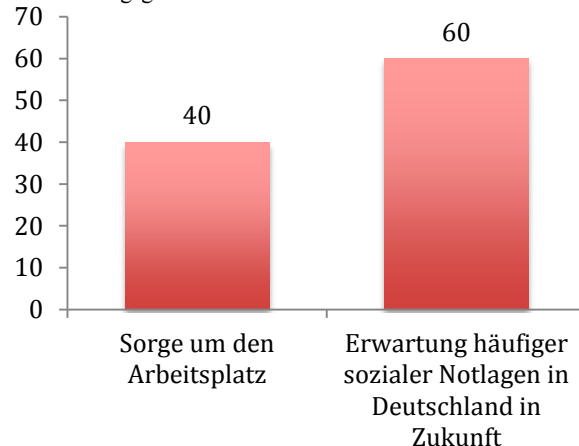
Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2013, Daten von IfM Bonn

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer ist der Meinung, dass sich die fehlende Bereitschaft zu Unternehmensgründungen zu einem strukturellen Problem für die deutsche Wirtschaft entwickeln werde.<sup>27</sup>

Ein wichtiger Grund für die rückläufigen Gründerzahlen könnten Existenzängste sein: Im Jahr 2009 gaben 30% der Befragten an, „Angst vor einer Erosion der sozialen Netze“ zu haben. Auch deswegen streben heutige Studierende nach mehr Sicherheit: „Den Wunsch nach Sicherheit und Planbarkeit hält eine Mehrheit am ehesten mit einem festen Angestelltenverhältnis für erfüllbar“, so eine aktuelle Studie.<sup>28</sup>

### Angst und Unsicherheit im Jahr 2009

Zustimmungsgrad in Prozent



Quelle: Universität Kassel und Hamburger Institut für Sozialforschung, n=1200, Bürger ab 18 Jahren

„Den Wunsch nach Sicherheit und Planbarkeit hält eine Mehrheit am ehesten mit einem festen Angestelltenverhältnis für erfüllbar“, so eine aktuelle Studie.<sup>28</sup>

Durch die Einführung eines Grundeinkommens könnte die Angst vor einem Scheitern verringert werden. Da der Einzelne keine Sorge mehr darüber haben muss, durch soziale Netze zu fallen und möglicherweise ohne Einkommen da zu stehen, würde der Schritt in die Selbständigkeit vereinfacht: „Die individuellen Risikobereitschaften könnten sich erhöhen.“<sup>29</sup> Das derum könnte den Unternehmensgründungen zu Gute kommen.

<sup>23</sup> Forget, 2011

<sup>24</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2013

<sup>25</sup> Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2013

<sup>26</sup> Universum Communications, 2012

<sup>27</sup> Deutschen Industrie- und Handelskammer, 2013

<sup>28</sup> Instituts für angewandte Sozialforschung/Continental, 2013

## These 7: Das Grundeinkommen sichert sozial besser ab als der Mindestlohn

Schon seit einiger Zeit steht der Mindestlohn in der Kritik: Er schaffe Bürokratie und vernichtete Arbeitsplätze. Die Befürworter halten dagegen, dass soziale Absicherung nur so möglich sei. Aber stimmt das?

In einer auf der Effizienzlohntheorie basierenden Simulation der holländischen Ökonomen Groot und Peeters<sup>30</sup> wurden zwei Modelle verglichen. Das eine Modell ist das der „conditional social security“ mit dem Ziel und den Mitteln von Vollbeschäftigung, Mindestlohn, Arbeitszwang und zielgenauen Zahlungen für Bedürftige. Es entspricht etwa dem am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Modell in Deutschland.

Das andere Modell ist das der „unconditional social security“, das gekennzeichnet ist durch die Einführung eines moderaten Bedingungslosen Grundeinkommens und flexible Arbeitsmärkte mit freier Entscheidung über die Partizipation.

Die Ergebnisse der Studie sind eindeutig. Bei Verwendung des Modells der „unconditional social security“ mit moderatem Grundeinkommen können gegenüber des „conditional social security“-Modells folgende Effekte erreicht werden: Keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit, ein höheres Bruttoinlandsprodukt, höhere Realeinkommen für Arbeitnehmer und geringere Einkommensungleichheit zwischen Arbeitnehmern. Diejenigen, die freiwillig unbeschäftigt bleiben, erhalten jedoch geringere Realeinkommen.

Die größten Gewinner im Modell mit Grundeinkommen sind dieser Studie zufolge diejenigen, die im Modell der bedingten Grundsicherung aufgrund einer Einführung eines Mindestlohnes ihren Arbeitsplatz verlieren würden. Im Modell mit Bedingungslosem Grundeinkommen würden sie nicht nur den Arbeitsplatz behalten, sondern bei Annahme eines Jobs sogar eine Einkommenssteigerung erfahren.

Soziale Sicherheit und wirtschaftlicher Erfolg schließen sich also nicht aus. Das Ziel, beides zu kombinieren, sollte beibehalten werden. Die Wahl der Mittel aber muss überdacht werden: Statt des Mindestlohnes könnte ein Bedingungsloses Grundeinkommen angedacht werden.<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> Simões-Wüst & Krüerke, 2013, S. 325

<sup>30</sup> Groot & Peters, 1997

<sup>31</sup> Van Parijs, 1990

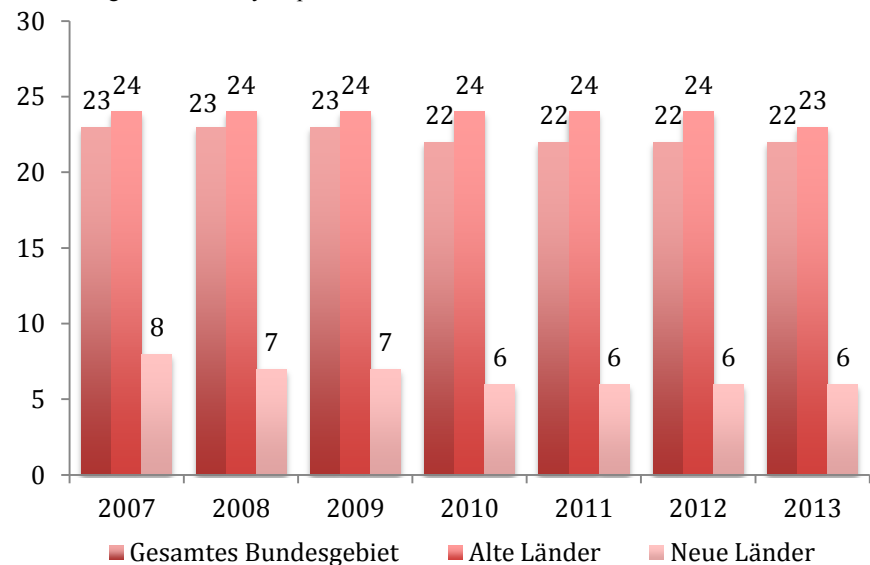
## These 8: Das Grundeinkommen stärkt Frauen ökonomisch und sozial

Frauen sind in Deutschland ökonomisch benachteiligt– dafür spricht einiges: Im europäischen Vergleich liegt der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen (*gender pay gap*) mit 22% an vierthöchster Stelle und ist mit einem Rückgang von nur einem Prozentpunkt im Zeitraum von 2006 bis 2013 außerordentlich stabil.<sup>32 33</sup>

Problematisch dabei ist auch die wirtschaftliche Abhängigkeit von (männlichen) Partnern, die aus diesem Verdienstunterschied resultiert. Frauen, die sich nur oder hauptsächlich um Haushalt und Kindererziehung kümmern, sind für ihr Auskommen auf ihren Partner angewiesen. Sie sind also stärker von Unterhaltsleistungen Angehöriger abhängig als Männer (36% gegenüber 22%).<sup>34</sup>

### Relativer Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen in Deutschland im Zeitverlauf

Unbereinigter Gender Pay Gap in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2014

Außerdem ist das heutige Sozialversicherungssystem auf lebenslange Erwerbstätigkeit ausgerichtet. Aufgrund von häufigeren Unterbrechungen, zum Beispiel aufgrund von Schwangerschaften und Erziehungszeiten, erlangen Frauen seltener die gleichen Sozialversicherungsansprüche wie Männer und sind daher vor den Armutsrisiken Arbeitslosigkeit und Alter schlechter geschützt.<sup>35 36</sup>

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in existenzsichernder Höhe würde beide Arten von Abhängigkeit zumindest für Geringverdiener aufbrechen. Die individuelle (statt haushaltsbezogene) Auszahlung des Grundeinkommens stellt sicher, dass Frauen ihren Lebensunterhalt jeden Tag selbst finanzieren können. Gleichzeitig wird es für Männer durch ein Grundeinkommen leichter, ihre Erwerbstätigkeit zu reduzieren. Modelle wie zwei Teilstellen der Ehepartner könnten gesellschaftlich akzeptierter werden.

<sup>32</sup> Statistisches Bundesamt, 2014b

<sup>33</sup> Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 2013

<sup>34</sup> Statistisches Bundesamt, 2012

<sup>35</sup> Fischer, 2013

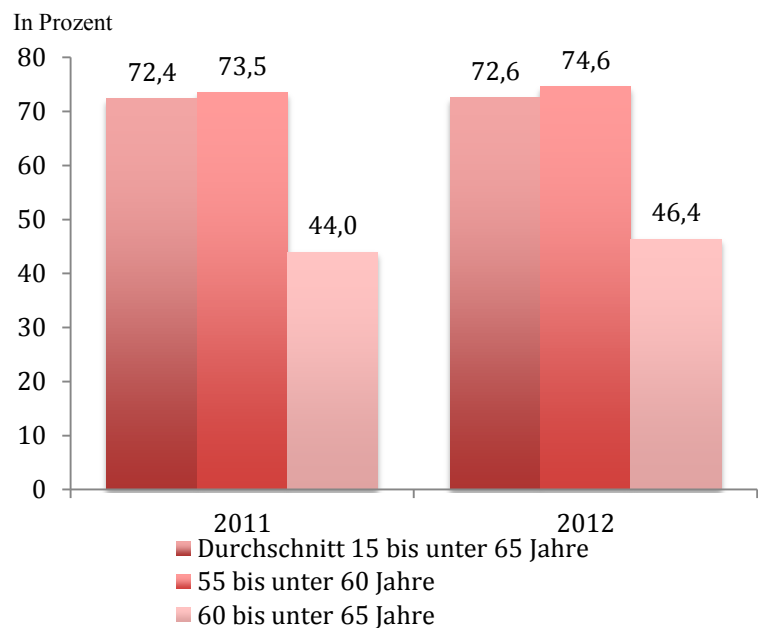
<sup>36</sup> bundesregierung.de, 2014

## These 9: Das Grundeinkommen ist die bessere Alternative zur Rentenreform

Im Jahr 2011 schrieb die damalige Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen: „Die Erwerbsbeteiligung [muss] steigen, insbesondere auch die der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“<sup>37</sup> Die Rentenreform ist der Erhöhung der Erwerbsquote Älterer jedoch diametral entgegengesetzt.<sup>38 39</sup>

Aufgrund des demographischen Wandels wird ein höherer Teil der Bevölkerung der Gruppe der Älteren zuzurechnen sein. Außerdem ist es nun mehr Menschen möglich, früher in den Ruhestand einzutreten.<sup>40</sup>

### Erwerbstätigenquoten im Vergleich



Das Problem sind dementsprechend zum ersten die zusätzlichen Kosten in Höhe von bis zu 160 Milliarden Euro bis 2030. Zum zweiten entlastet das Rentenpaket voraussichtlich „überdurchschnittlich verdienende Männer“, die nicht von Altersarmut bedroht sind – obwohl letztere Gruppe wahrscheinlich am meisten Bedarf hätte. Zum dritten wurde für die Finanzierung die eigentlich geplante Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht durchgeführt. Ob die befürchtete Frühverrentungswelle tatsächlich ausgelöst wird, lässt sich heute noch nicht feststellen. Wenn ja, würden weniger Beiträge in die Rentenkassen eingezahlt und die eingezahlten Beiträge über einen längeren Zeitraum abgerufen werden.<sup>41 42</sup>

Die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens könnte die gesetzlichen Rentenzahlungen ersetzen.<sup>43</sup> Dadurch würde ein flexiblerer Übergang zum Rentenalter ermöglicht, da es kein festgesetztes Rentenalter mehr gibt und jeder selbst entscheidet, wie lange er arbeitet. Die Arbeitsanreize, die in einem System mit Grundeinkommen bestehen, blieben auch im Rentenalter bestehen. Möglicherweise führt das zu einer höheren Erwerbsquote Älterer. Darüber hinaus wäre mit einem Bedingungslosen Grundeinkommen die Existenz in jedem Fall gesichert, wodurch Altersarmut effektiv bekämpft wird.

<sup>37</sup> Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2012

<sup>38</sup> Koalitionsvertrag der 18. Legislaturperiode

<sup>39</sup> Agentur für Arbeit, 2013

<sup>40</sup> Statistisches Bundesamt, 2014a

<sup>41</sup> Feld, Kohlmeier, Schmidt, 2014

<sup>42</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2013

<sup>43</sup> Hohenleitner und Straubhaar, 2008

## Wege zur Umsetzung: Ein Vorschlag

Im vorliegenden Papier wurden neun Themenbereiche vorgestellt, in denen die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens positiven Einfluss haben könnte. Eine genaue Vorhersage über die genauen Effekte ist selbstverständlich nicht möglich.

Das Vorhandensein von mehr Daten und Modellen zum Bedingungslosen Grundeinkommen könnte für die Diskussion dennoch wertvoll sein. Der Diskurs zum Grundeinkommen würde dadurch an Substanz gewinnen.

Deswegen könnte die Durchführung eines Experimentes zu den Auswirkungen eines Grundeinkommens in Deutschland erwogen werden. Nach dem Vorbild der US-amerikanischen und kanadischen Experimente zum Bedingungslosen Grundeinkommen in den 1970er Jahren könnte man eine möglichst repräsentative Stadt auswählen. Dort würde eine hinreichend große Personengruppe das Grundeinkommen erhalten, während eine ebenso große Gruppe als Kontrollgruppe dienen würde.

Beobachtet werden könnten insbesondere die Entwicklung der Einkommen, die Entwicklung des Arbeitsangebots, die gesundheitliche Entwicklung, die gefühlte Gerechtigkeit, die Kriminalitätsrate, die Entwicklung von Ehrenamt und Selbständigkeit und die Erwerbstätigenquote im Alter.

Begleitet von weiteren Studien und Simulationen würde der heutige Stand der Diskussion, der sich hauptsächlich auf theoretische Argumentation stützt, um empirische Erkenntnisse und ökonomische Forschung vorangebracht. Auf diese Weise könnten aus den neun Thesen möglicherweise neun Tatsachen werden.



## Literatur

*Agentur für Arbeit bei Spiegel Online (2014):* Arbeitsmarkt: Verwaltungskosten der Jobcenter steigen dramatisch, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/arbeitsmarkt-verwaltungskosten-der-jobcenter-steigen-dramatisch-a-956710.html>, 24.04.2014.

*Atkinson, Anthony (1996):* The Case for a Participation Income, *The Political Quarterly*, 67(1), 67-70.

*Blaschke, Ronald (2014):* Neues Grundeinkommenskonzept der BAG Grundeinkommen DIE LINKE, <https://www.grundeinkommen.de/27/04/2014/neues-grundeinkommenskonzept-der-bag-grundeinkommen-die-linke.html>, 24.04.2014.

*Buchanan, James (1985):* The Ethical Limits of Taxation, *Limits and Problems of Taxation*, F. R. Forsund & S. Honkapohja (Hrsg.), 4-16, London.

*Bude, Heinz, Landermann, Ernst-Dieter und Rijkhoek, Guido (Universität Kassel, 2012):* Große Teile der Bevölkerung fühlen sich sozial ausgeschlossen, <http://www.uni-kassel.de/uni/universitaet/nachrichten/article/grosse-teile-der-bevoelkerung-fuehlen-sich-sozial-ausgeschlossen.html>, 24.04.2014.

*Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012):* Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“, Berlin.

*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010):* Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009, Berlin.

*Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2013):* Gründerland Deutschland: Zahlen und Fakten, Berlin.

*bundesregierung.de (2014):* Gleichstellung – eine Frage der Gerechtigkeit, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/03/2014-03-07-schwesig-frauentag.html>, 25.04.2014.

*Deutsche Industrie- und Handelskammer (2013):* DIHK-Gründerreport 2013, Berlin.

*Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2013):* Zahl der Unternehmensgründungen sinkt bei guter Konjunktur, Berlin.

*Feld, Lars, Kohlmeier, Anabell, Schmidt, Christoph (2014):* The German Pension Reform 2014: Changing into Reverse Gear, Berlin.

*Fischer, Ute (2013):* Alternative Wege: Das Bedingungslose Grundeinkommen und seine Folgen, *sozialmagazin* 3-4.2013.

*Friedman, Milton (1962):* *Capitalism and Freedom*, Chicago.

*Forget, Evelyn (2011):* The town with no poverty, University of Manitoba.

*Groot, Loek, Peeters, Marga (1997):* A model of conditional and unconditional social security in an efficiency wage economy: the economic sustainability of a basic income, *Journal of Post-Keynesian Economics* 19(4), 573-597, München.

- Hayek, Friedrich (1960):* The Constitution of Liberty, London.
- Hohenleitner, Ingrid und Straubhaar, Thomas (2008):* Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte, Thomas Straubhaar (Hrsg.), Edition HWWI, Hamburg.
- Institut für angewandte Sozialforschung/Continental (2013):* 10. Continental Studentenumfrage, Hannover.
- Institut für Arbeit und Leben (2012):* Arbeit, Arbeitslosigkeit und Gesundheit, Zell am Moos.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2007):* Der Trend bleibt: Geringqualifizierte sind häufiger arbeitslos, Nürnberg.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2013):* Was ist gerecht?, Allensbach.
- Jacobi, Frank (2009):* Nehmen psychische Störungen zu, report psychologie 34(1), 16-28, Dresden.
- Lademann, Julia, Mertesacker, Heike & Gebhardt, Birte (2006):* Psychische Erkrankungen im Fokus der Gesundheitsreporte der Krankenkassen, Psychotherapeutenjournal 2/2006, 105-220, Heidelberg.
- Rawls, John (1999 [1971]):* A Theory Of Justice, University Press, Harvard.
- Ribolits, Erich (2005):* Grundeinkommen – Bedingung der Möglichkeit von Bildung?, Katholische Sozialakademie Österreich, 10/2005: Grundeinkommen – Veränderungen begleiten, 13-17, Wien.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2014):* Jahresgutachten 2013/2014, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden.
- Schramm, Michael (2008):* Subsidiäre Befähigungsgerechtigkeit durch das Solidarische Bürgergeld, Thomas Straubhaar (Hrsg.), Edition HWWI, Hamburg.
- Simões-Wüst, Ana Paula, Krüerke, Daniel (2013):* Vorstellbare gesundheitliche Wirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens, Schweizerische Zeitschrift für Ganzheitsmedizin, 25/2013, 324-325, Freiburg.
- Solow, Robert (1987):* An Economist's View of the Income Maintenance Experiments, Lessons from the Income Maintenance Experiments. Alicia H. Munnell (Hrsg.), Boston.
- Statistisches Bundesamt (2009):* Gesundheitswesen: 26,7 Milliarden Euro durch psychische Erkrankungen, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2014a):* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2014b):* Gender Pay Gap 2013 bei Vollzeitbeschäftigten besonders hoch, Wiesbaden.
- Straubhaar, Thomas (2014):* Deutschland verkommt zur Diktatur der Rentner, <http://www.welt.de/wirtschaft/article125276805/Deutschland-verkommt-zur-Diktatur-der-Rentner.html>, 25.04.2014.

*Universum (2012):* Universum Professional Survey, Universum Communications (Hrsg.), Stockholm.

*Van Parijs, Philippe (1990):* The second marriage of justice and efficiency, *Journal of Social Policy*, 19(1), 1-25, Cambridge University Press.

*Van Parijs, Philippe (1992):* Basic Income Capitalism, *Ethics* 102(3), 465-484, University of Chicago Press.

*Van Parijs, Philippe (1995):* Real Freedom for All: What (if anything) can justify capitalism?, Oxford.

*Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013):* Lebensentwürfe heute – Wie junge Frauen und Männer in Deutschland leben wollen, Berlin.